

Aufbau der Polizeistellen stockt

Sicherheit Bis 2021 werden nur 232 Beamte mehr als 2016 ihren Dienst tun. Ursprünglich sollten es 900 zusätzlich sein.

Stuttgart. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird die Polizei in Baden-Württemberg deutlich schwächer aufgestockt als geplant. Das erklärte Innenminister Thomas Strobl (CDU) auf eine Anfrage der SPD im Stuttgarter Landtag. Ursprünglich hatte Strobl angekündigt, bis 2021 insgesamt 900 zusätzliche Stellen für Streifenpolizisten zu schaffen. Laut Stellungnahme des Innenministeriums werden nun voraussichtlich im Jahr 2021 im Südwesten 24 700 Polizisten ihren Dienst tun – lediglich 232 mehr als zu Beginn der Legislaturperiode 2016.

Das Innenministerium begründet die Entwicklung mit der anhaltenden Pensionierungswelle und der Ausbildungszeit für angehende Polizisten. Damit trotzdem genug Polizisten auf der Straße sind, könnten manche der rund 150 Reviere zeitweise unbesetzt bleiben, berichtete die „Schwäbische Zeitung“. Aus dem Innenministeriums heißt es dazu: „Derzeit wird geprüft, ob und bei welchen Organisationseinheiten mit Rund-um-die-Uhr-Besetzung im Einzelfall eine durchgehende personelle Besetzung der Liegenschaft zugunsten der polizeilichen Präsenz zeitweise unterbrochen werden kann.“

„Die Antwort des Innenministers zeigt, wie angespannt die Personalsituation bei der Polizei noch lange Zeit bleiben wird“, sagte Sascha Binder, Innenexperte der SPD-Landtagsfraktion. Hans-Ulrich Rülke, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, sagte, die FDP habe schon 2016 gewarnt,



Altenpfleger ist ein Knochenjob, und die Bezahlung in diesem Beruf ist alles andere als üppig. Auch die CDU-Landtagsfraktion macht sich Gedanken, wie die Pflege gestärkt und Pflegende entlastet werden können. Foto: Markus Scholz/dpa

Höhere Gehälter, mehr Pfleger

Gesellschaft CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhart fordert bessere Rahmenbedingungen für die stationäre wie für die häusliche Pflege. Von Roland Muschel

CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart bereitet derzeit die Klausur seiner Abgeordneten Mitte September vor. Ein Top-Thema ist die Pflege. Seine Vorstellungen sind schon sehr konkret.

bräuchten, nicht leisten. Wir wollen neue Stellen schaffen, ohne die Pflegebedürftigen oder Sozialhilfeträger zusätzlich zu belasten. Ich plädiere daher für Leistungsverbesserungen der Pflegeversicherung. Damit wäre allen geholfen.

Die Pflege in Deutschland würde ohne ausländische Kräfte nicht funktionieren.

Das wird auch weiter so sein. Um den Stellenbedarf langfristig zu decken, müssen wir die komplizierten Anerkennungsverfahren von Fachkräften aus der EU bürokratisieren und beschleunigen. Wir sind auch für die Anwendung der „3+2-Regel“, damit geduldete Flüchtlinge nach einer hier abgeschlossenen Pflegeausbildung noch zwei Jahre in Deutschland arbeiten können.

Was halten Sie von Forderungen nach einem Spurwechsel, wonach geduldete Asylbewerber in Ausbildung oder Arbeit einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten?

Im Einzelfall habe ich nichts gegen eine pragmatische Lösung. Aber ich will auch auf etwas Zentrales hinweisen: Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatz-Einwanderungsrecht. Wir brauchen eine gezielte und gesteuerte Fachkräfteeinwanderung, um den Bedarf von Industrie und Mittelstand zu decken. Das sollte nicht mit dem Asylrecht vermischt werden.

Was halten Sie von einem verpflichtenden Dienstjahr?

Wir müssen uns generell mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft befassen. Da ist diese Debatte ein wertvoller Beitrag. Für die Pflege wäre das eine Chance, da viele junge Menschen so mit dem Berufsfeld in Berührung kommen könnten. Wir müssen aber realistisch sehen: Eine verfassungsändernde Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zur Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres ist nicht absehbar.

Vielfach kümmern sich Angehörige um Pflegebedürftige. Wie kann die Politik sie unterstützen?

Die Familien sind der größte Pflegedienst im Land. Ohne sie geht es nicht. Daher wollen wir die Unterstützungsangebote für die Pflege zuhause ausbauen, etwa durch zusätzliche Beratungsangebote oder durch die Schaffung

zusätzlicher Kurzzeit-Pflegeplätze.

Was kann die Politik noch tun?

Pflegedienste sagen mir: Wir brauchen für die Pflegedokumentation immer mehr Zeit. Diese Zeit fehlt für Behandlung und Zuwendung. Für mich ist daher klar: Wir müssen die Pflege-Dokumentation reduzieren. Das hat etwas mit Vertrauen zu sein. Man kann nicht nach dem Motto „Von der Wiege bis zur Bahre: Formulare, Formulare“ alles bis zum Letzten regeln. Die Digitalisierung kann helfen, den notwendigen Bürokratie-Abbau in der Pflege zu beschleunigen.

Wie stehen Sie zur Abschaffung von Doppelzimmern in stationären Einrichtungen?

Auch da bin ich für Pragmatismus. Wir sind als CDU-Landtagsfraktion ganz klar für die Abschaffung von Doppelzimmern in stationären Pflegeeinrichtungen. Aber wo es vor Ort unverhältnismäßige Härten gibt, sollten wir über längere Übergangsfristen nachdenken.

Erfolgreicher Hindernisläufer

Der frühere Europaminister und vormalige Finanz-Staatssekretär des Landes, Wolfgang Reinhart, führt seit Mai 2016 die 43-köpfige CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag. Bereits seit 1992 vertritt der promovierte Jurist und frühere württembergische Meister über 3000 Meter Hindernis als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Main-Tauber im Landtag. Der selbstständige Rechtsanwalt ist 62 Jahre alt und hat eine Frau und zwei Kinder. rol



FOTO: SILAS STEIN/DPA

Land am Rand

Todesgefahr im Lurch-Biotop

Unter dem Pflaster liegt der Strand. Diese Sponti-Weisheit hat sich herumgesprochen. Aber dass unter Steinen Molche und Kröten liegen können, das ist viel zu wenig bekannt. Immer wieder kommen die armen Tierchen unter die Füße von Spaziergängern. Aus Unwissenheit trampeln die Leute über Stock und Stein und machen dabei Molch und Kröte platt.

Damit das ein Ende hat, wenigstens im Steinbruch Dagersheimer Berg, haben das Regierungspräsidium Stuttgart und die Städte Böblingen und Sindelfingen an dem Naturdenkmal große Infotafeln aufgestellt. Der alte Steinbruch ist ein Biotop für Kammmolch, Wechselkröte und viele andere Tiere und Pflanzen. Trocknen wegen der Hitze die Tümpel auf dem Gelände aus, verkriechen sich der europaweit geschützte Molch und auch die Wechselkröte an Land unter Steinen und Hölzern. So können sie überleben, bis es wieder regnet. Aber nur, wenn kein Mensch daherkommt.

Verbotsschilder stehen in dem Schutzgebiet schon längst. Das hat die Leute aber bisher nicht davon abgehalten, durch die geschützten Bereiche zu laufen. Die Infotafeln, auf denen Kammmolch und Wechselkröte abgebildet und beschrieben sind, sollen erklären, warum Verbotsschilder und auch Zäune stehen. Und dass rücksichtsloses Treten auf Stock und Stein für die armen Lurche oft den Tod bedeutet. Doppelt ermahnt wirkt besser. Hoffen wir's für die Lurche und Molche, die Hitze und Spaziergänger überlebt haben. Irgendwann sind die Tümpel dann auch wieder voll genug zum Plantschen.

Alfred Wiedemann

Früher eingeschult

Bildung Rund zwei Prozent der Kinder besuchen vorzeitig den Unterricht.

Stuttgart. In Baden-Württemberg werden rund zwei Prozent der Kinder früher eingeschult als regulär vorgesehen ist. Damit liegt der Anteil niedriger als noch vor 10 bis 20 Jahren. So betrug der Anteil der früher eingeschulten Erstklässler im Schuljahr 2004/2005 fast zwölf Prozent.

Eine Sprecherin des Kultusministeriums in Stuttgart begründete dies damit, dass die damalige Landesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) eine Initiative gestartet hatte, die für eine frühe Einschulung warb. In den Folgejahren gingen die frühen Einschulungsquoten aber wieder zurück.

Für das kommende Schuljahr 2018/2019 liegen laut Ministerium noch keine Zahlen vor. Vor einem Jahr begann für 93 054 Kinder im Südwesten die Schulzeit. Früher als geplant eingeschult wurden dabei 1988 Kinder. dpa



FOTO: CHRISTOPH SCHMIDT/DPA

Die Polizei im Land soll personell verstärkt werden.

dass die von der CDU versprochenen neuen Stellen angesichts fehlender Ausbildungskapazitäten und der Pensionierungen unrealistisch seien. Hans-Jürgen Kirstein, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), erinnerte, die CDU selbst habe in der Regierungsverantwortung bereits 2006 zahlreiche Stellen abgebaut. Jetzt sei das Problem nicht so schnell zu beheben.

Im Südwesten arbeiten gemessen an der Einwohnerzahl weniger Polizisten als in jedem anderen Bundesland. Das zeigen vorläufige Zahlen aus dem Innenministerium. Demnach kommt im Land auf 453 Einwohner ein Polizist. In Bayern, das im Mittelfeld des Vergleichs liegt, gibt es einen Polizisten je 392 Bewohner. dpa

Die Pflegebranche klagt über einen massiven Mangel an Personal und Pflegeplätzen. Stimmt die Analyse?

Wolfgang Reinhart: Die Analyse ist leider zutreffend. Es ist höchste Zeit, Defizite in der Pflege behertzt anzugehen. Wir haben uns in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode vorrangig Themen wie Sicherheit, Digitalisierung oder Bildung gewidmet. In der zweiten Halbzeit wollen wir uns als CDU-Fraktion auch stärker mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt befassen. Dazu gehört die Stärkung der Pflege. Auf der Herbstklausur in Berlin werden wir Bundesgesundheitsminister Jens Spahn unsere Vorstellungen vortragen.

Wie kann die Politik für mehr Pflegepersonal sorgen?

Wir müssen Pflegeberufe attraktiver machen. Dazu gehören höhere Gehälter. Deshalb wollen wir auch die Einführung eines Flächentarifvertrags für die Pflegeberufe diskutieren. Wir fordern zudem flexiblere Arbeitszeitmodelle und einen besseren Personalschlüssel. Ich kann mir auch eine Landesinitiative zur Personalgewinnung vorstellen.

Schon heute können sich viele Pflegebedürftige die Betreuung, die sie

FAHR MAL HIN

Donauberglandweg unter den Besten

Er war der erste zertifizierte Wanderweg auf der Schwäbischen Alb überhaupt: der Donauberglandweg. Er führt vom Lemberg bei Gosheim (Kreis Tuttlingen) bis Beuron (Kreis Sigmaringen). Zehn Jahre nach dieser Auszeichnung durch den Deutschen Wanderverband prämiiert die Europäische Wandervereinigung die Strecke zum „Leading Quality Trail – Best of Europe“, zu einem führenden Qualitätswanderweg, der zu den Besten in Europa gehört. Nach Auskunft von Walter Knittel, Geschäftsführer der Donaubergland GmbH, die den Weg vermarktet, steht die Wanderstrecke

damit in einer Reihe von bisher 15 „herausragenden Weitwanderwegen in Europa“. Dazu gehören der Moselsteig und der Lechweg in Deutschland, der Mullerthal-Trail in Luxemburg und der Urso-Trail in Griechenland. Kriterien für die Auszeichnung waren unter vielen anderen die Zweisprachigkeit der Infos sowie eine gute Anbindung an den Bus- und Bahnverkehr. Die Prämierung erfolgt am 31. August bei der Wandermesse „TourNatur“ in Düsseldorf. Dort präsentiert sich das Donaubergland mit dem Schwäbische Alb Tourismusverband. Mehr Infos unter www.donaubergland.de wal



301 Jahre alte Luther-Bibel

Ein Karlsruher Rechtsanwalt hat der Badischen Landesbibliothek eine seltene Luther-Bibel geschenkt. Eine Nürnberger Druckerei habe das gut acht Kilogramm schwere Buch im Jahr 1717 zum 200. Reformationsjubiläum gedruckt, teilte die Bibliothek gestern mit. Seit 1846 habe sich die Luther-Bibel im Besitz der Familie des Schenkers befunden. Foto: Badische Landesbibliothek

Attacke Rottweiler beißen Mann

Ruppertshofen. Zwei Rottweiler haben bei Ruppertshofen (Ostalbkreis) einen Mann gebissen und unter anderem am Hals verletzt. Der 69-Jährige sei am Sonntag mit seinem Cocker Spaniel spazieren gegangen, teilte die Polizei gestern mit, als die Hunde von einem fahrenden Pritschenwagen sprangen und den Cocker Spaniel attackierten. Dessen Besitzer versuchte, die Angreifer zu verjagen, dabei wurde er aber selbst gebissen. Der Besitzer der Rottweiler beendete den Angriff. dpa

Gewalt Massenschlägerei in Regionalzug

Schallstadt. In einem Regionalzug von Freiburg nach Basel sind Zeugen zufolge aus unbekanntem Grund bis zu 20 Menschen aufeinander losgegangen, teilte die Bundespolizei gestern mit. Bei der Schlägerei in der Nacht zum Sonntag gab es zwei Verletzte. Die Auseinandersetzung sei über mehrere Wagen hinweg ausgetragen worden. Dabei wurde auch eine Eisenstange eingesetzt. Die anderen Passagiere versteckten sich unter ihren Sitzen. Ein Reisender zog die Notbremse. dpa